

"Kein Land ist Herr der Welt"

von Dr. Peter Gauweiler

In Deutschland zählte Gauweiler zu den heftigsten Kritikern der amerikanischen Irak-Politik. Der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete pilgerte vor Ausbruch des Krieges sogar in den Irak – "als Christ", wie er sagte. In der Unionsfraktion stimmte nur CDU-Kollege Willy Wimmer in Gauweilers Geißelung der "unseriösen Kriegspolitik" der USA mit ein. Vor der vom 11.-13. Februar stattfindenden Münchner Sicherheitskonferenz warnen die beiden vor US-Allmacht-Ansprüchen.

Die Welt lässt sich nicht über einen Kamm scheren und niemand in dieser Welt soll seine Art zu leben über die anderer stellen. Gott hat kein Land und keinen Kontinent zum Herrn über die Welt gemacht: die Deutschen nicht, die Europäer nicht, die Amerikaner aber auch nicht. Eine andere Einstellung ist geschichtslos, wird den Erfahrungen der Vergangenheit nicht gerecht und führt ins Mittelalter zurück. Wertegemeinschaften verbundener Nationen – die des Grundgesetzes für die deutschen Länder genauso wie der Nordatlantiktakt für die westlichen Nationen – sind ohne Beachtung der Regeln des Völkerrechts nicht denkbar. Diese Voraussetzung ist durch den Versuch gefährdet, das Völkerrecht durch einseitige „Fortentwicklungen“ umzuschreiben. Eine „Sicherheitskonferenz“, die ihren Anspruch ernst nimmt, muss sich gegen derartige „unilaterale Ansätze“ wenden.

Vor allem der Einsatz militärischer Macht ist an die Beachtung des Völkerrechts gebunden. Dieses Recht schützt gerade auch die Völker, die über den Einsatz dieser Macht befinden. Die Nichtbeachtung des Völkerrechts – dessen Einhaltung von der Gegenseitigkeit lebt – beschädigt auch die eigenen Streitkräfte und die eigene Zivilbevölkerung: nicht nur durch Verlust des Ansehens, sondern auch durch die durch Verletzung provozierte Nichtbeachtung des Völkerrechts durch den Gegner. Die Beachtung dieses Rechts durch die verantwortlichen Regierungen ist übrigens auch der erste Schutz für die Angehörigen der Streitkräfte. Ein eindrucksvolles Beispiel, wohin eine derartige Fehlentwicklung führt, ist der Krieg im Irak.

Die Münchner Sicherheitskonferenz muss einen Beitrag leisten, derartige Fehlentwicklungen mit globaler Sprengkraft nicht länger zu zementieren. Sie darf sich nicht als Legitimationsplattform für fragwürdige Kriege missbrauchen lassen. Dies gilt insbesondere angesichts der aktuellen Drohungen gegen Iran. Kein Land hat außerhalb des Völkerrechts die Befugnis, mit „militärischen Optionen“ zu drohen. Die Münchner Sicherheitskonferenz muss deutlich machen, dass kein Staat in seinem Handeln grenzenlos ist. Unser Verteidigungsbündnis ist keine Dominanzorganisation – dies würde am Ende zu einer fürchterlichen Schwäche des Westens führen. Das Elend der vergangenen Jahre liegt in der mangelnden Achtung vor der Rechtsgebundenheit der Staaten.

Der einzige Vorzug des Kalten Krieges war der Nicht-Krieg. Dieser Kalte Krieg wurde überwunden durch die konsequente Verteidigungsbereitschaft der westlichen Welt unter Führung der USA – eine Verteidigungsbereitschaft, die genauso wachsam wie risikobewusst war. Die Alternative zum Kalten Krieg kann aber nicht in einer Strategie weltweit angeordneter Befreiungskriege liegen. Vielmehr beginnt die seit einigen Jahren einsetzende ausschließliche Militarisierung von Problemfeldern, den Weg für einen globalen Konflikt nie gekanntes Ausmaßes zu bereiten. Eine Legitimation hierfür außerhalb des Völkerrechts gibt es nicht. Insbesondere sind derartige Kriege auch nicht durch die Wahlentscheidungen einer einzelnen Nation „erlaubt“.

Sicherheit in der Welt verlangt eine umfassende Bestimmung, die aktuell schwerwiegende Probleme im Auge haben muss. Dazu gehören Terror und Massenvernichtungswaffen – aber auch Armut und Hoffnungslosigkeit. Die Münchner Sicherheitskonferenz muss deutlich machen, dass eine Lösung dieser Probleme allein durch Flugzeugträger und Raketen nicht möglich ist. Globale Sicherheitspolitik verliert ihre Bestimmung, wenn sie sich nur über Staaten und ihre nationalen Eitelkeiten definiert, das Schicksal der Völker und des Individuums als eigentlichen Träger dieser Politik aber aus den Augen verliert.

Die Bundesrepublik Deutschland ist gut beraten, jeder schleichenden Entmachtung des Deutschen Parlaments durch die Übertragung erster und letzter Entscheidungen über den Einsatz unserer Streitkräfte an die Nato oder die EU für andere Zwecke als den Schutz der territorialen Integrität unseres Landes und von unseren Bundesgenossen Einhalt zu gebieten.

Dr. Peter Gauweiler in der SZ vom 2. Februar 2005 zur Sicherheitskonferenz vom 11.-13.2.2005 in München